

Ludwig-Maximilians-Universität München

Fakultät für Kulturwissenschaften

Institut für Ethnologie

# **Facebooks Kommodifizierung der Extremen Rede im Genozid an den Rohingya**

WiSe24/25

Social Media Activism in Digital Capitalism

Unter der Leitung von Prof. Dr. Max Kramer

geschrieben von

Felix Keilhack

12077260

Eschenriederstrasse 29, 81249 München

E-Mail: [f.keilhack@campus.lmu.de](mailto:f.keilhack@campus.lmu.de), tel.: +4915223955580

# Literaturverzeichnis

<b>Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>Was ist Extreme Sprache?.....</b>	<b>3</b>
<b>Was ist Kommunikativer Kapitalismus? .....</b>	<b>4</b>
<b>Der Genozid an den Rohingya in Myanmar.....</b>	<b>5</b>
Ethno-nationalistische Propaganda & organisierte Verbrechen	5
Facebooks digitale Infrastruktur als Beitrag zum Verbrechen ..	6
Facebooks Förderung von Extremer Sprache .....	8
Facebooks Handeln nach Prinzipien des Kommunikativen Kapitalismus .....	9
<b>Fazit.....</b>	<b>12</b>
<b>Schluss .....</b>	<b>13</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>14</b>

# Facebooks Kommodifizierung der Extremen Rede im Genozid an den Rohingya

## Einleitung

Nach dem Amtsantritt von Donald Trump entschied sich Mark Zuckerberg, die professionellen Faktenprüfungen auf den Meta-Plattformen einzustellen und diese künftig durch sogenannte Community Notes zu ersetzen (McMahon, Kleinman, und Subramanian 2025; Metzger 2025). Der Netzexperte Konstantin von Notz kommentierte diese Entscheidung mit den Worten: „Zuckerberg wandelt auf den Spuren von Musk und stellt ökonomische Interessen über den Schutz von Betroffenen vor Beleidigung, Bedrohung und Verhetzung“ (ZDF 2025b). Während Zuckerbergs Entscheidung teils als „Kniefall“ vor Trump interpretiert wird, indem er Faktenchecks zugunsten der Redefreiheit abschafft, folgt er – ähnlich wie Elon Musk – primär einem opportunistischen Kalkül: der Vermeidung staatlicher Regulierung zur Reduzierung betrieblicher Kosten (ZDF 2025a). Dass Facebook kommerzielle Interessen systematisch über verantwortungsethische Prinzipien stellt, ist jedoch keineswegs eine neue Entwicklung.

Diese Hausarbeit geht innerhalb des Themas der Sozialen Medien aufgrund der Aktualität des Abbaus der Content-Moderation auf Social-Media-Plattformen der Fragestellung nach, inwieweit der Begriff „Extreme Speech“ von Sahana Udupa und Matti Pohjonen mit dem Konzept des „Kommunikativen Kapitalismus“ von Jodi Dean in Verbindung steht, anhand einer Analyse des Fallbeispiels der Rolle von Facebook im Genozid an den Rohingya in Myanmar. Nach einer begrifflichen Definition und einer kurzen Zusammenfassung der politisch-sozialen Situation wird Facebooks Rolle im Zusammenhang mit der ethno-nationalistischen Propaganda der Regierung sowie organisierter Gewalt in Myanmar eingeordnet und im Spannungsfeld zwischen „Extreme Speech“ und den Prinzipien des „Kommunikativen Kapitalismus“ betrachtet.

## Was ist Extreme Sprache?

Udupa und Pohjonen definieren „Extreme Speech“ (im Folgenden „Extreme Sprache“) als ein methodologisches Konzept, kulturelle sowie normative Variationen von Hassreden abhängig von politisch-ökonomischen und historischen Kontexten zu differenzieren, indem unter anderem die Grenzen legitimer Sprache auf den Achsen von Wahrheit-Falschheit oder Höflichkeit-Unhöflichkeit betrachtet werden (Udupa und Pohjonen 2019). Udupa und Pohjonen fragen, (1) welche Prozesse hasserfüllte Sprache normalisieren oder legitimieren und (2) wie Sprache als Waffe für Autorität sowie Kontrolle eingesetzt wird (Udupa und Pohjonen 2019, 3052).

Das Konzept der Extremen Sprache beinhaltet eine kritische Perspektive, die lokale kulturelle Bedeutungen sowie Praktiken einbezieht und westliche Definitionen von Hassrede nicht universell anwendet (Udupa und Pohjonen 2019, 3050). Eine kontextunabhängige Definition von Hate Speech ist insofern hinderlich, dass mit ihr zum Beispiel weder eine strategische Umcodierung kultureller Werte zu extremistischen Narrativen in Mainstream-Diskursen (vgl. z.B. „White Genocide“) noch Memes sowie humoristische Formate als Verstärkungsmechanismen als problematisch erkannt werden können (vgl. Udupa und Pohjonen 2019, 3058). Während der Hate Speech Begriff sich nur auf den binären Gegensatz zwischen akzeptabler sowie inakzeptabler Sprache und dem Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit sowie verursachtem Schaden bezieht, so lässt sich mit dem Konzept der Extremen Sprache ein Spektrum von Praktiken identifizieren (Udupa und Pohjonen 2019, 3049).

Udupa und Pohjonen verweisen auf die soziotechnologischen Aspekte neuer Medien, dass digitale Plattformen einen strukturellen Kontext für Extreme Sprache geben (Udupa und Pohjonen 2019, 3052). Sie bedienen Extreme Sprache, indem sie Polarisierung sowie Konflikte algorithmisch verstärken, Content in Form von Selbstpublizität, Affekt sowie Unterhaltung und dessen Zirkulation aus kommerziellen Interessen befördern (Udupa und Pohjonen 2019, 3058).

Nicht zuletzt ist Gewalt in der Form von Extreme Sprache eine identitätsstiftende Praxis als Teil der politischen Subjektivität im Hinblick auf Identitätskrisen durch eine Globalisierung und eine damit einhergehende soziale sowie geopolitische Unsicherheit (Udupa und Pohjonen 2019, 3062). Schwierig zu beurteilen ist die Ambivalenz, dass Extreme Sprache sowohl progressiv als auch destruktiv sein kann.

## **Was ist Kommunikativer Kapitalismus?**

Jodi Dean beschreibt den Kommunikativen Kapitalismus als die Kommerzialisierung politischer Kommunikation durch soziale Medien, die primär der Unterhaltung dient und zugleich die Illusion politischer Partizipation erzeugt (Dean 2009). Politische Inhalte zirkulieren innerhalb digitaler Plattformen, sind jedoch von realpolitischen Entscheidungsprozessen entkoppelt (Dean 2009, 22). Der Markt erscheint als vermeintlicher Raum demokratischer Bestrebungen, obwohl er keine politischen Ergebnisse hervorbringt (Dean 2009, 23). Im Zuge der zunehmenden Vernetzung und Expansion kommunikativer Prozesse werden Praktiken, Erfahrungen und Emotionen in eine konsum- und finanzgetriebene Unterhaltungsökonomie überführt und monetarisiert (Dean 2009, 24). Diese Dynamik begünstigt insbesondere rechte Ideologien, indem algorithmische Mechanismen ihre Verbreitung verstärken und durch werbebaute Finanzierungsmodelle weiter stabilisieren (Dean 2009, 33 ff.).

Der Kommunikative Kapitalismus geht mit einer Fetischisierung technologischer Infrastrukturen einher, die in der öffentlichen Wahrnehmung als Triebkräfte der Demokratisierung gelten (Dean 2009, 33, 47). Die propagierte Rhetorik von gleichberechtigtem Zugang und umfassender Partizipation verschleiert jedoch die strukturellen Machtverhältnisse (ebd.). Während die schiere Menge an digitalen Inhalten als Ausdruck demokratischer Vielfalt interpretiert wird, führt die tatsächliche Dynamik sozialer Medien zu einem schleichenden Verlust politischer Handlungsmacht (Dean 2009, 34 ff.). Anstelle echter Partizipation entsteht eine Scheinbeteiligung, während sich Einfluss, Kapital und politische Kontrolle zunehmend in den Händen weniger Akteure konzentrieren (ebd.).

Dean zeigt auf, dass im Kommunikativen Kapitalismus der Wert einer Botschaft weniger durch ihren inhaltlichen Gehalt als durch ihre Zirkulation bestimmt wird (Dean 2009, 27). Der Tauschwert überwiegt den Gebrauchswert, sodass der Erfolg eines Beitrags anhand von Faktoren wie Popularität, Reichweite und Verweildauer gemessen wird (ebd.). Dies führt zu einer Verzerrung politischer Kommunikation, die durch drei psychopolitische Mechanismen geprägt ist: (a) Kondensation, bei der politische Komplexität auf scheinbar einfache technologische Lösungen reduziert wird; (b) Verdrängung, die politische Prozesse in den Alltag verlagert und Expert:innen als irrelevant erscheinen lässt; sowie (c) Verleugnung, durch die der Kommunikative Kapitalismus die strukturellen Defizite demokratischer Systeme fetischistisch negiert und somit deren Versagen kaschiert (Dean 2009, 38–42).

## **Der Genozid an den Rohingya in Myanmar**

### **Ethno-nationalistische Propaganda & organisierte Verbrechen**

Myanmar gilt als kulturell sowie sprachlich divers, wobei die Bevölkerung ungleiche politische Rechte besitzt. Während die Bamar-Buddhist:innen mit einer 2/3 Mehrheit dominieren, werden ethnische Minderheiten einschließlich der Rohingya marginalisiert und stigmatisiert (Whitten-Woodring u. a. 2020, 408). Seit der Unabhängigkeit 1948 sowie in der Demokratisierungsphase litten die Gruppe der Rohingya unter einer verschärften Verfolgung und zunehmenden Polarisierung (Whitten-Woodring u. a. 2020, 409). Ein Ursprung der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft liegt im Staatsbürgerschaftsgesetz von Myanmar am 15. Oktober 1982, das Bürger:innen als „nationale Rasse“ und Minderheiten wie die Rohingya als illegale Migranten („Bengalis“) bezeichnete (Tähtinen 2024, 5–6).

Insbesondere das sogenannte Tatmadaw-Militär und die buddhistischen Nationalisten nutzten soziale Medien wie Facebook als Waffe zur Inszenierung von Konflikten zwischen Buddhisten und Muslimen, zur Unterdrückung von Dissens und zur Verbreitung von gezielter Desinformation, Hetze sowie Hassrede gegen die Rohingya,

was zu schweren Menschenrechtsverletzungen führte (Sablosky 2021, 1018 ff. Yue 2020, 816). Mit tausenden von Beiträgen, die offensichtliche Parallelen zum Dritten Reich in Deutschland beinhalteten, wurde die öffentliche Meinung beeinflusst und die Bevölkerung zu Gewalt angestiftet. (vgl. Yue 2020, 833; Maldar und Seyedzadeh Sani 2023, 279)

Der Konflikt eskalierte 2017, als die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) einen Regierungsposten angriff, und Burmesische Sicherheitskräfte mit einer unverhältnismäßigen Gewalt gegen die gesamte Gruppe der Rohingya im Norden des Rakhine-Staates antwortete (Whitten-Woodring u. a. 2020, 409; DeeJay u. a. 2024, 1313). Dieser militärische Durchgriff der Tatmadaw wurde als „Säuberungsaktionen“ betitelt. Bis 2018 flohen um die 800.000 Rohingya nach Bangladesch (Yue 2020, 833; DeeJay u. a. 2024, 1313). Eine internationale Untersuchung betrachtet die Geschehnisse als Genozid und Verbrechen gegen das Völkerrecht sowie die Menschlichkeit. (Yue 2020, 816)

## **Facebooks digitale Infrastruktur als Beitrag zum Verbrechen**

Lange Zeit war der Bevölkerung Myanmars das Internet fremd; sie war digital von der Außenwelt abgeschnitten. Parallel zur Demokratisierungsphase und ökonomischen Öffnung wurde die Telekommunikation im Zeitraum 2010 bis 2018 rasant ausgebaut (Sablosky 2021, 1023 ff.). Investitionen internationaler Unternehmen führten zu einer schlagartigen 4G-Abdeckung von 97% der Bevölkerung und die Mobilfunknutzung stieg auf eine Penetrationsrate über 100% (Sablosky 2021, 1025).

Im Rahmen der sogenannten Facebook Zero Initiative verfolgte Mark Zuckerberg das Ziel mit vermeintlich philanthropischen Intentionen Entwicklungshilfe in Ländern des globalen Südens umzusetzen. Ab 2013 bot die Initiative „Free Basics“ (früher „Internet.org“) eine auf Smartphones vorinstallierten Plattform für Nutzer:innen an, mit kostenlosem Datenzugriff auf eine nur bestimmte, limitierte Anzahl grundlegender Dienste, darunter Facebook (DeeJay u. a. 2024, 1315; Tantacul 2024; Tähtinen 2024, 6). Meist verzichteten Nutzer:innen auf andere kostenpflichtige Dienste jenseits der Plattform, weshalb Facebook in Myanmar de facto als das Internet verstanden wurde (Tähtinen 2024, 2). Facebook Nutzer:innen nahmen rasant zu, von 2 Mio. in 2014 bis 30 Mio. in 2017 (Singh 2018). Zwischen 2011 und 2018 verwendeten durchschnittlich 95% der Bevölkerung ausschließlich Facebook als Social-Media-Plattform (Tähtinen 2024, 6).

Obwohl Facebook humanitäre sowie demokratische Werte promovierte, im Sinne einer zunehmenden globalen Vernetzung zur Überwindung der digitalen Kluft zwischen Ländern des globalen Südens und Industriestaaten, handelte das Unternehmen ausschließlich aus expansionistischen Intentionen, zumal es sich im Vorhinein weder mit dem politischen sowie kulturellen Kontext, noch mit präventiven

Maßnahmen zur Eindämmung von Extremer Sprache beschäftigte (Deejay u. a. 2024, 1316–18). Dabei wird Facebook vorgeworfen gegen die Netzneutralität zu verstoßen und digitalen Kolonialismus in Ländern des globalen Südens zu betreiben, indem das Unternehmen westliche Dienstleistungen sowie Content mit einer größeren Visibilität anbietet und Daten der Nutzer:innen sammelt (Global Voices Advox 2017; Deejay u. a. 2024, 1316).

Im akademischen Diskurs bleibt die Frage ungeklärt, inwiefern Facebook Verantwortung für die organisierten Verbrechen in Myanmar übernehmen sollte, zumal militärische Gewalt gegen Muslime auch schon vor der Einführung von Facebook stattfand (Samet, Arriola, und Matanock 2024, 958–59). In der westlichen Literatur wird Facebook einerseits am Verbrechen verantwortlich gemacht, andererseits jedoch darauf hingewiesen, dass Soziale Medien wie Facebook durchaus positives Potenzial haben, durch den Zugang zu vielfältigen Perspektiven demokratische Teilhabe (Whitten-Woodring u. a. 2020, 421) oder sogar kulturelle Toleranz zu fördern (Samet, Arriola, und Matanock 2024, 959).

Allerdings ist die Intensität, Radikalisierung und die anschließende Gewaltbereitschaft der Nutzer:innen abhängig vom sozialen Umfeld, in dem Soziale Medien eingeführt wurden. Während die Verfügbarkeit der Sozialen Medien einen durchschnittlich negativen Effekt auf die Ereignisse in Myanmar hatten, so eskalierte der Konflikt im Hinblick auf regionale Unterschiede gerade in den Bereichen, in denen es schon erhöhte Spannungen zwischen ethnischen Gruppen gab (Tähtinen 2024, 1). Hinsichtlich der Intensivierung von antimuslimischen Hasskampagnen und der Zunahme der Übergriffe auf Minderheiten ab 2012, lässt sich Tähtinen durch Adena u.a. und Bursztyn u.a. über die Effektivität der hetzerischen Mobilisierung bestätigen, dass die Prädispositionen der Empfänger:innen wie Vorurteile und Intoleranz hierfür ausschlaggebend sind (vgl. Tähtinen 2024, 20; Adena u. a. 2015; Bursztyn u. a. 2019).

Nichtdestotrotz wählte Facebook eine defensive Haltung, die verantwortungsethischen Vorwürfe von sich zu weisen, indem das Unternehmen insofern techno-optimistischen Narrative promovierte, dass Myanmar selbst als Sündenbock inszeniert wurde (Deejay u. a. 2024, 1319–20). Diese techno-optimistischen Narrative gehen mit einer Silicon-Valley-Mentalität einher, dass die mangelhafte digitale Kompetenz der Regierung zur Umsetzung präventiver Gegenmaßnahmen und die Unfähigkeit der Bevölkerung im Umgang mit Sozialen Medien nicht den positiven Versprechen neuer Technologien gerecht werden (Deejay u. a. 2024 ebd.). An dieser Stelle sei auf den epistemischen Machtunterschied zwischen dem dominanten Wissenssystem des Westens und dem marginalisierten Bewusstsein der unsichtbar-gerenderten Individuen in Ländern des globalen Südens verwiesen, wobei letztere sich etwa den techno-optimistischen Narrativen nur schwer widersetzen können (Deejay u. a. 2024, 1317; vgl. Santos 2015).

## Facebooks Förderung von Extremer Sprache

Das methodologische Konzept der Extremen Sprache ermöglicht nicht nur eine Beschreibung, sondern auch eine differenzierte Analyse von Hetze und Hassrede auf Facebook im Kontext des Genozids an den Rohingya. Die im Folgenden behandelten Fragestellungen von Udupa und Pohjonen können innerhalb dieses Essays jedoch nur oberflächlich betrachtet werden.

Die erste Frage (Welche Prozesse führen zur Normalisierung oder Legitimierung hasserfüllter Sprache?) lässt sich anhand mehrerer Faktoren beantworten. Einerseits verbreiteten insbesondere militärische Akteur:innen staatliche Propaganda, Desinformationen und Hasskampagnen, um die ethnische Gruppe der Rohingya als „illegale Migranten“, islamistische Extremisten oder wirtschaftliche Bedrohung zu stigmatisieren und gegen sie zu mobilisieren (Whitten-Woodring u. a. 2020, 409). Extremistische Persönlichkeiten wie Wirathu nutzten Facebook gezielt für Hasskampagnen, wobei hunderte Beiträge pro Stunde veröffentlicht wurden (Sablosky 2021, 1029). Viele bewaffnete Gruppierungen ahmten auf Social Media staatliche Funktionen nach, indem sie sich als fähige und legitime staatliche Akteure inszenierten (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 200). Sie bedienten sich dabei offizieller Staatssymbole, präsentierten vermeintliche Regierungsstrukturen und öffentliche Dienstleistungen und nutzten Paraden zur Mobilisierung von Unterstützung (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 221). Diese Strategien zielten darauf ab, Authentizität und Glaubwürdigkeit zu erzeugen sowie die Legitimität der Akteure aus Sicht der Nutzer:innen zu stärken (ebd.). Symbolische Elemente wie Flaggen, Hymnen und Verwaltungsstrukturen spielten dabei eine zentrale Rolle (ebd.). In diesem Kontext wurde das Smartphone zu einem zentralen Instrument der Führung, Kontrolle, Aufklärung und Koordination von Aktionen (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 202).

Andererseits verstärkten die Empfehlungsalgorithmen von Facebook die Verbreitung extremistischer Inhalte (Whitten-Woodring u. a. 2020, 412–13). Polarisierende Beiträge erhielten aufgrund ihrer hohen Interaktionsrate größere Reichweite und trugen dazu bei, Vorurteile in sogenannten Echo-Kammern zu verfestigen (Whitten-Woodring u. a. 2020, 410–12). Diese algorithmisch geförderte affektive und attitudinale Polarisierung machte Nutzer:innen empfänglicher für Desinformationen, begünstigte kognitive Verzerrungen wie den Confirmation Bias und erhöhte die Gewaltbereitschaft gegenüber den Rohingya (Whitten-Woodring u. a. 2020, 417 ff.).

Ein weiterer zentraler Faktor war das Fehlen angemessener inhaltlicher Moderation seitens Facebook. Während das Unternehmen in der restriktiven Phase (2017–2021) auf internationale Kritik reagierte, indem es Hassrede entfernte und Accounts nationalistischer Akteure sowie des Tatmadaw sperrte, führte die ungleiche Behandlung verschiedener Akteur:innen zu einer Verzerrung der Konfliktodynamik (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 204). Während bestimmte Gruppen weiterhin verstärkte

Sichtbarkeit und Reichweite erhielten, wurden Gegenstimmen und Counter-Narratives marginalisiert (Sablosky 2021, 1021; Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 221 ff.).

Die zweite Frage (Wie wurde Sprache als Instrument zur Durchsetzung von Autorität und Kontrolle genutzt?) überschneidet sich in Teilen mit der ersten, da sprachliche Strategien zur Legitimierung von Gewaltmaßnahmen gegen die Rohingya dienten. Durch die Verbreitung von Lügen und Verschwörungstheorien wurde die muslimische Minderheit entmenschlicht und als Bedrohung für den Buddhismus dargestellt (Yue 2020, 820). Diese propagandistische Rhetorik diente als ideologische Grundlage für die Rechtfertigung von Gewalt (ebd.). Facebook fungierte dabei als Katalysator, indem es die rasche Verbreitung von Desinformationen erleichterte und Polarisierung intensivierte (ebd.). Damit bestätigt sich die Annahme von Udupa und Pohjonen, dass soziale Medien, wie Facebook in diesem Fall, eine strukturelle Grundlage für Extreme Sprache schaffen (Udupa und Pohjonen 2019, 3052).

Das Beispiel von Facebooks Einfluss auf die Bevölkerung Myanmars verdeutlicht, dass eine unreflektierte Übertragung westlicher Konzepte wie Hassrede auf Länder des Globalen Südens problematisch ist. Eine solche Perspektive ignoriert kulturelle, soziale und politische Nuancen. Das Konzept der Extremen Sprache erweist sich in diesem Kontext als analytisch wertvoll, da es neben Sprache auch audiovisuelle Elemente umfasst. So wurden beispielsweise Bilder getöteter Gegner als Warnung an potenzielle Verräter:innen verbreitet (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 216). Zudem unterstreichen Udupa und Pohjonen, dass Extreme Sprache eine identitätsstiftende Funktion besitzt (Udupa und Pohjonen 2019, 3053). Dies trifft auf die Mobilisierung der nationalistischen Buddhisten zu, die ihre Identität in Abgrenzung zu den Rohingya durch Extreme Sprache definierten.

## **Facebooks Handeln nach Prinzipien des Kommunikativen Kapitalismus**

Facebook operiert nach den Prinzipien des Kommunikativen Kapitalismus. Die Marktorientierung des Unternehmens führt einerseits zur Monetarisierung von Kommunikation, indem Hassrede kommodifiziert wird, und andererseits zu einer strukturellen Verantwortungslosigkeit gegenüber den sozialen Folgen von Radikalisierungsprozessen. Diese Dynamik spiegelt eine Priorisierung wirtschaftlicher Expansion wider, während gleichzeitig pluralistische Governance und soziale Integration vernachlässigt werden (Sablosky 2021, 1026).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern Facebook durch seine marktwirtschaftliche Logik den Demokratisierungsprozess in Myanmar beeinflusst und der Bevölkerung eine Illusion politischer Partizipation vermittelt – insbesondere im Hinblick auf die Verbreitung von Hetze und Hassrede. Als dominierende Nachrichtenquelle in Myanmar bot Facebook Zugang zu unzensurierten Informationen,

Meinungen und Perspektiven, die von traditionellen Medien nicht abgedeckt wurden (Whitten-Woodring u. a. 2020, 420). Dies galt sowohl für Stimmen aus Minderheiten-gebieten als auch für die buddhistische Mehrheitsgesellschaft (ebd.). Doch während die mediale Partizipation der Bevölkerung weitgehend von der realpolitischen Entscheidungsfindung entkoppelt blieb, wurde strategisch eingesetzte Hetze gezielt zur Mobilisierung von Gewalt instrumentalisiert – eine Form politischer Einflussnahme, die jedoch nicht im Sinne demokratischer oder parlamentarischer Prozesse erfolgte. Anstatt als neutrale Plattform für politische Teilhabe zu agieren, wirkte Facebook letztlich destabilisierend und untergrub pluralistische Regierungsstrukturen, indem es unter anderem die Propaganda des Tatmadaw verstärkte und die Sichtbarkeit ethnischer Minderheiten systematisch reduzierte (Sablosky 2021, 1021).

Obwohl Facebook nicht als alleiniger Haupttreiber religiöser Intoleranz in Myanmar betrachtet werden kann – zumal das Land insgesamt hohe Raten religiöser Diskriminierung aufweist, unabhängig von sozialen Medien (Samet, Arriola, und Matanock 2024, 959) – veränderte die Plattform die Kommunikationsdynamik grundlegend. Die zunehmende Geschwindigkeit, Unmittelbarkeit und Interaktivität der digitalen Kommunikation trugen erheblich zur Eskalation des gesellschaftlichen Klimas bei (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 201; Maldar und Seyedzadeh Sani 2023, 281).

Facebook hat die politische Kommunikation durch drei zentrale psychopolitische Mechanismen verzerrt: (a) Kondensation: Das Plattformdesign von Facebook in Kombination mit der geringen Aufmerksamkeitsspanne der Nutzer:innen begünstigt die Verbreitung von emotionalisierenden, oft stark vereinfachten politischen Inhalten. Ziel dieser Mechanismen ist die Maximierung der Interaktion durch affektives Triggering (vgl. Whitten-Woodring u. a. 2020, 412). Dabei reduziert Facebook nicht nur die inhaltliche Komplexität politischer Debatten, sondern beeinflusst auch die Form des Diskurses, indem Empfehlungsalgorithmen einfache technologische Lösungen suggerieren.

(b) Verdrängung: Politische Prozesse werden zunehmend in den Alltag verlagert, während sich der kommunikative Markt uneingeschränkt in alle gesellschaftlichen Bereiche integriert. In diesem Kontext übt Facebook eine disziplinierende Form von Macht aus, indem es über eine umfangreichere Datensammlung zur Bevölkerung Myanmars verfügt als nationale Institutionen (Tønnesson, Zaw Oo, und Aung 2022, 204). In gewisser Weise fungiert Facebook als quasi-staatlicher Akteur, indem es globale Macht, nationale Souveränität und politische Autorität zur Regulierung politischer Rede nach eigenen sozioökonomischen Interessen ausübt – sei es bewusst oder unbewusst. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass die Plattform selektiv entschied, welche Akteure als extremistisch eingestuft wurden (Sablosky 2021, 1034).

(c) Verleugnung: Facebook negiert nicht nur demokratische Defizite, sondern weist auch jegliche Verantwortung für deren Folgen zurück. Aus der Perspektive der

Unternehmenskomplizenschaft könnte Facebook rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden, da die gezielte Nutzung der Plattform durch autoritäre Regime zur Anstiftung von Gewaltverbrechen unter die strafrechtliche Haftung von Unternehmen fallen kann (Yue 2020, 824 ff.). Allerdings sind internationale rechtliche Rahmenbedingungen meist unverbindlich und fungieren eher als normative Leitlinien denn als durchsetzbare Regelwerke (Yue 2020, 816). Facebook agiert somit in einem weitgehend rechtsfreien Raum ohne staatliche Kontrolle (Sablosky 2021, 1022). Da sich internationale Strafgerichte auf die Verfolgung individueller Akteure konzentrieren, ist eine strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen auf internationaler Ebene derzeit nicht umsetzbar (Maldar und Seyedzadeh Sani 2023, 282). Zwar besteht die Möglichkeit, juristische Personen durch nationale Gerichte zur Rechenschaft zu ziehen (ebd.), doch ist dies in Myanmar bislang nicht erfolgt.

Mark Zuckerberg räumte öffentlich ein, dass Facebook zur Verbreitung von Hassrede, Belästigung und Desinformation beigetragen habe (Roose und Mozur 2018). Dennoch setzt das Unternehmen trotz internationaler Kritik und Reputationsverlust seine Expansion in Märkte mit hohem Missbrauchspotenzial fort (Yue 2020, 842; Nourooz Pour 2023, 108).

Die Gleichgültigkeit Facebooks gegenüber der Verbreitung von Desinformation und Hassrede zeigt sich insbesondere in der langsamen Reaktion auf wiederholte Warnungen zwischen 2012 und 2015 (Yue 2020, 843). In der Kategorie der ante-factum Versäumnisse umfasst Facebooks potenzielle Haftung die bewusste Unterlassung wirksamer Maßnahmen gegen Hassrede, obwohl das Unternehmen über die eskalierenden Spannungen informiert war. Dazu gehören insbesondere das Versäumnis, ausreichende Ressourcen für eine angemessene Content Moderation bereitzustellen (Nourooz Pour 2023, 111).

Wie Gillespie betont, ist Moderation ein essenzieller Bestandteil jeder Plattform (Gillespie 2018, 207). Zum Beginn der Krise war jedoch nur eine einzige Person für die burmesischsprachige Moderation zuständig (Sablosky 2021, 1033). Andere Sprachen wurden mithilfe ungeeigneter Übersetzungstools verarbeitet, wodurch Hassrede entweder nicht erkannt oder inhaltlich verfälscht wurde (Sablosky 2021, 1032). Ein eklatantes Beispiel für die Unzulänglichkeiten der Moderation zeigt sich in der fehlerhaften Übersetzung von „Kill all the Kalars that you see in Myanmar; none of them should be left alive“ zu „I shouldn't have a rainbow in Myanmar“ (Sablosky 2021, 1032).

Selbst bestehende Moderationsmechanismen erwiesen sich als unzureichend, da sie kulturelle Sensibilitäten nicht berücksichtigten und partikuläre Kontexte nicht differenzierten. Dies führte zu systemischen Fehlern in der Handhabung von Hassrede und Desinformation. Ein weiteres Beispiel für Facebooks mangelndes Verständnis der kulturellen Komplexität Myanmars war die Entscheidung, Burmesisch als alleinige Standardsprache auf der Plattform zu etablieren (Sablosky 2021, 1033). Dies

spielte der langjährigen Politik des Tatmadaw zur Marginalisierung indigener Sprachen in die Hände (ebd.). Darüber hinaus führte Facebooks Entfernung des Begriffs „Kalar“ – einerseits eine ethnische Beleidigung gegen die Rohingya, andererseits jedoch ein Wort mit neutraler Bedeutung in anderen Kontexten – dazu, dass auch alltägliche Begriffe aus dem Sprachgebrauch eliminiert wurden (Sablosky 2021, 1033).

Zu den post-factum Versäumnissen zählen Facebooks mangelnde Unterstützung für zentrale Transitional Justice-Prozesse (Nourooz Pour 2023, 105 ff.). Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung relevanter Daten über Hassrede und Gewaltverbrechen, die Unterstützung der Opfer sowie betroffener Gemeinschaften und die Anpassung interner Richtlinien zur Vermeidung zukünftiger Vergehen (ebd.).

## Fazit

In einem unregulierten Markt bildet das Unternehmen Facebook mit der myanmarischen Regierung sowie bestimmten militärischen Akteur:innen eine gefährliche Symbiose, die durch ein erhebliches Machtgefälle gekennzeichnet ist. Einerseits verfolgt Facebook als kritische Kommunikationsinfrastruktur ein expansionistisches Interesse, indem es neue Absatzmärkte erschließt und Abhängigkeiten schafft. Dies geschieht unter anderem durch den Verstoß gegen die Netzneutralität sowie die Etablierung einer monopolartigen Marktstellung. Andererseits nutzt die myanmarische Regierung Facebook als effektives und effizientes Instrument zur Verbreitung ihrer ethno-nationalistischen Agenda, insbesondere zur gezielten Mobilisierung der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft gegen muslimische Minderheiten.

Im Kontext des digitalen Kolonialismus zeigt sich zudem eine doppelte Abhängigkeit Myanmars von Facebook, die sich aus der globalen Wohlstandsungleichheit zwischen dem Globalen Norden und Süden ableitet. Erstens besitzt der Staat keine juristische Handhabe, um gegen die datenextrahierenden und polarisierenden Marktmechanismen der Plattform vorzugehen. Zweitens wird Myanmar im westlichen techno-optimistischen Diskurs als alleiniger Sündenbock für die eskalierende Gewalt dargestellt, während die Rolle der digitalen Infrastruktur weitgehend unberücksichtigt bleibt.

Auch das Konzept der Extremen Sprache steht in einer engen Wechselbeziehung mit dem Kommunikativen Kapitalismus – beide greifen ineinander wie Puzzlestücke. Sowohl Extreme Sprache als auch der Kommunikative Kapitalismus normalisieren und begünstigen hasserfüllte Sprache. Während Extreme Sprache in Form von Desinformation und Hasskampagnen durch Empfehlungsalgorithmen verstärkt wird und somit die Interaktionsrate sowie die Verbreitung von Vorurteilen erhöht, fungiert der Kommunikative Kapitalismus als wertneutrales, marktwirtschaftliches System, das diese Prozesse nicht nur begünstigt, sondern aktiv kommodifiziert. Die

marktorientierte Logik sozialer Plattformen führt folglich zu struktureller Verantwortungslosigkeit mit dem primären Ziel der Profitmaximierung. Dies äußert sich insbesondere in der systematischen Einsparung von Ressourcen für eine angemessene inhaltliche Moderation, wodurch die Verbreitung von Extremer Sprache zusätzlich gefördert wird.

Die Mechanismen von Extremer Sprache lassen sich mit den drei psychopolitischen Mechanismen des Kommunikativen Kapitalismus in Verbindung bringen: (a) Im Sinne der **Kondensation** entspricht die Struktur von Extremer Sprache der Funktionsweise sozialer Plattformen, indem ihre Inhalte an die reduzierte Aufmerksamkeitsspanne der Nutzer:innen angepasst und durch emotionale Polarisierung verstärkt werden. (b) Im Rahmen der **Verdrängung** verlagert sich Extreme Sprache – analog zu politischen Inhalten – zunehmend in den Alltag, wodurch ihre Wirkung über den digitalen Raum hinausreicht. (c) Aufgrund ihrer schrittweisen Normalisierung wird Extreme Sprache nicht nur toleriert, sondern in einem weitgehend rechtsfreien Raum ohne staatliche Kontrolle auch aktiv **geleugnet**.

Obwohl Extreme Sprache aus einer holistischen Perspektive als Form politischer Handlungsfähigkeit betrachtet werden kann – sowohl durch Partizipation in sozialen Medien als auch durch die daraus resultierende physische Gewalt – bleibt sie im Fall Myanmars weitgehend von realpolitischen Entscheidungsprozessen entkoppelt. Dennoch steht sie in direkter Verbindung zum Kommunikativen Kapitalismus, da beide Mechanismen letztlich auf die Kommodifizierung von Kommunikation und die Aufrechterhaltung eines profitorientierten Marktsystems abzielen.

## Schluss

Die anhaltende Marktorientierung von Facebook auf Kosten gesellschaftlicher Verantwortung zeigt sich nicht nur in der Rolle des Unternehmens in Myanmar, sondern auch in aktuellen Entwicklungen. Die geplante Abschaffung professioneller Faktenprüfungen auf den Meta-Plattformen zugunsten von Community Notes unterstreicht erneut die Priorisierung wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem Schutz demokratischer Diskurse. Diese Entscheidung, die Parallelen zur Politik anderer Tech-Milliardäre wie Elon Musk aufweist, birgt das Risiko, Desinformation und Extreme Rede weiter zu normalisieren und zu verstärken. Sie verdeutlicht zudem, dass Facebook, trotz internationaler Kritik und der Anerkennung eigener Versäumnisse, kaum nachhaltige Maßnahmen zur Regulierung problematischer Inhalte ergreift. Somit bleibt das Unternehmen ein zentraler Akteur des Kommunikativen Kapitalismus, der digitale Kommunikation nicht als öffentliche Infrastruktur begreift, sondern als Ware behandelt – mit weitreichenden sozialen und politischen Konsequenzen.

# Literatur

- Adena, Maja, Ruben Enikolopov, Maria Petrova, Veronica Santarosa, und Ekaterina Zhuravskaya. 2015. „Radio and the Rise of The Nazis in Prewar Germany \*“. *The Quarterly Journal of Economics* 130 (4): 1885–1939. <https://doi.org/10.1093/qje/qjv030>.
- Bursztyn, Leonardo, Georgy Egorov, Ruben Enikolopov, und Maria Petrova. 2019. „Social Media and Xenophobia: Evidence from Russia“. Working Paper. Working Paper Series. National Bureau of Economic Research. <https://doi.org/10.3386/w26567>.
- Dean, Jodi. 2009. „Technology the Promises of Communicative Capitalism“. In *Democracy and Other Neoliberal Fantasies: Communicative Capitalism and Left Politics*, 19–48. Duke University Press. <https://doi.org/10.1515/9780822390923-003>.
- Deejay, Aleksandar, Tamas Wells, Kathryn Henne, und Stefan Bächtold. 2024. „Bad adopters or bad proponents of technology? Facebook and the violence against Muslims in Myanmar“. *Third World Quarterly* 45 (8): 1309–24. <https://doi.org/10.1080/01436597.2023.2285808>.
- Gillespie, Tarleton. 2018. *Custodians of the Internet: Platforms, Content Moderation, and the Hidden Decisions That Shape Social Media*. *Custodians of the Internet: Platforms, Content Moderation, and the Hidden Decisions That Shape Social Media*. <https://doi.org/10.12987/9780300235029>.
- Global Voices Advox. 2017. „Can Facebook Connect the Next Billion?“ *Global Voices Advox* (blog). 27. Juli 2017. <https://advox.globalvoices.org/2017/07/27/can-facebook-connect-the-next-billion/>.
- Maldar, Mohammad Hasan, und Seyyed Mahdi Seyedzadeh Sani. 2023. „The Role of The Facebook in The Realization of The Crime of Incitement to Genocide (Study of Civil War in Myanmar)“. *Journal of Legal Research* 22 (53): 279–304. <https://doi.org/10.48300/jlr.2021.292943.1694>.
- McMahon, Liv, Zoe Kleinman, und Courtney Subramanian. 2025. „Meta to Replace ‚biased‘ Fact-Checkers with Moderation by Users“. BBC. 7. Januar 2025. <https://www.bbc.com/news/articles/cly74mpy8klo>.
- Metzger, Nils. 2025. „Faktencheck-Aus bei Instagram, Facebook: Das sind die Folgen“. ZDF-heute. 8. Januar 2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/meta-facebook-instagram-faktencheck-zuckerberg-100.html>.
- Nourooz Pour, Hesam. 2023. „Transitional justice and online social platforms: Facebook and the Rohingya genocide“. *International Journal of Law and Information Technology* 31 (2): 95–113. <https://doi.org/10.1093/ijlit/eaad016>.
- Roose, Kevin, und Paul Mozur. 2018. „Myanmar: Facebook CEO Zuckerberg replies to activist accusations that Facebook incited violence“. Business & Human Rights Resource Centre. 18. April 2018. <https://www.business-humanrights.org/de/neueste-meldungen/myanmar-facebook-ceo-zuckerberg-replies-to-activist-accusations-that-facebook-incited-violence/>.
- Sablosky, Jeffrey. 2021. „‘Dangerous Organizations: Facebook’s Content Moderation Decisions and Ethnic Visibility in Myanmar’“. *Media, Culture & Society* 43 (6): 1017–42. <https://doi.org/10.1177/0163443720987751>.
- Samet, Oren, Leonardo R. Arriola, und Aila M. Matanock. 2024. „Facebook Usage and Out-group Intolerance in Myanmar“. *Political Communication* 41 (6): 944–64. <https://doi.org/10.1080/10584609.2024.2333408>.

- Santos, Boaventura de Sousa. 2015. *Epistemologies of the South: Justice Against Epistemicide*. New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315634876>.
- Singh, Manish. 2018. „After Harsh Criticism, Facebook Quietly Pulls Services from Developing Countries“. *The Outline*. 2018. <https://theoutline.com/post/4383/facebook-quietly-ended-free-basics-in-myanmar-and-other-countries>.
- Tähtinen, Tuuli. 2024. „When Facebook Is the Internet: The Role of Social Media in Ethnic Conflict“. *Ifo Institute*, Nr. No. 408. <https://www.ifo.de/en/publications/2024/working-paper/when-facebook-internet-role-social-media-ethnic-conflict>.
- Tantacrul, Reg. 2024. *A History of Facebook's (& Meta's) Decline*. <https://www.youtube.com/watch?v=MPyJBjTHyO0>.
- Tønnesson, Stein, Min Zaw Oo, und Ne Lynn Aung. 2022. „Pretending to be States: The Use of Facebook by Armed Groups in Myanmar“. *Journal of Contemporary Asia* 52 (2): 200–225. <https://doi.org/10.1080/00472336.2021.1905865>.
- Udupa, Sahana, und Matti Pohjonen. 2019. „Extreme Speech | Extreme Speech and Global Digital Cultures — Introduction“. *International Journal of Communication* 13 (0): 19.
- Whitten-Woodring, Jenifer, Mona S. Kleinberg, Ardeth Thawnghmung, und Myat The Thitsar. 2020. „Poison If You Don't Know How to Use It: Facebook, Democracy, and Human Rights in Myanmar“. *The International Journal of Press/Politics* 25 (3): 407–25. <https://doi.org/10.1177/1940161220919666>.
- Yue, Neriah. 2020. „The ‚Weaponization‘ of Facebook in Myanmar: A Case for Corporate Criminal Liability“. *Hastings Law Journal* 71 (3): 813–44.
- ZDF. 2025a. „Meta: ‚Kniefall von Mark Zuckerberg vor Donald Trump‘“. ZDFheute. 7. Januar 2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/meta-zuckerberg-faktencheck-moderation-beckedahl-100.html>.
- — —. 2025b. „Zuckerberg-Beschluss: EU warnt Meta und droht mit Geldstrafe“. ZDFheute. 7. Januar 2025. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/meta-zuckerberg-faktencheck-aus-eu-kritik-100.html>.